

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Gerschmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Abgehen: die Beilagen oder deren Namen im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Abenden 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 24. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 24. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die zweite Etatsberatung wird bei dem Etat der Handels- und Gewerbe-Verwaltung fortgesetzt.

Auf eine Anregung des Abg. Gothein (fr.) wird vom Regierungsrath bemerkt, daß in Folge der letzten Gewichtsrevisionen allerdings eine große Anzahl von Bestimmungen nicht mehr anwendbar sind. Es sind in Folge dessen die Berichte der Abg. Inspektoren eingefordert und die Regierung sei in Erwägungen darüber eingetreten, ob nicht eine Vergrößerung der gesetzlich zulässigen Gewichtsunterschiede durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden könne.

Abg. Fleß (Ztr.) führt Klage über die ungleiche Behandlung der Weichen in Kriebs- und Mühlheim, bei der die erstere stets benachteiligt werde; es scheint, als ob man beabsichtige, die Kriebsler Schule eingehen zu lassen, um die Frequenz der Mühlheimer Anstalt zu heben.

Regierungskommissar Geh. Rath Lüders erwidert, daß in Mühlheim allerdings die Schule stärker frequentirt sei und deshalb auch einer stärkeren Unterstützung bedürfe.

Abg. Fleß meint, daß, entgegensteht, eine starke Frequenz die Unterstützung entbehren lassen sollte.

Regierungskommissar Lüders versichert, die Regierung beabsichtige keine Benachteiligung der Kriebsler Anstalt.

Abg. v. Schenkendorff (nt.) dankt dem Minister für die Mehrereinstellung von 185.000 Mark für das gegenwärtige Unterrichtswesen und bemerkt, daß die Vaugewerkschule in Göttingen, die in Folge der Einweisung der Einkommens- und Verhältnisse der Lehrer an diesen Anstalten.

Abg. Färgensen (nt.) bittet um eine Besserstellung der Lehrer an den Navigationschulen.

Minister v. Berlepsch: Den Lehrern wird das volle Wohlwollen der Regierung entgegengebracht, allein es geht nicht an, daß diese Lehrer aus dem Rahmen der übrigen gewöhnlichen Lehrer herausgenommen und besonders behandelt werden.

Abg. Ehlers (fr. Bg.) wünscht eine ausnahmsweise Behandlung der Navigationslehrer; es sei leider wenig Interesse für nautische Angelegenheiten bei uns vorhanden, obwohl das „Navigare necesse, vivere non est necesse“ steht vielfach angewendet wird.

Regier.-Kommissar Finanzrath Lehnerdt warnt vor einer ausnahmsweisen Behandlung der Navigationslehrer; es würde das nur die Folge haben, daß sofort alle anderen Kategorien der gewöhnlichen Lehrer kommen und nachweisen, daß sie den gleichen Anspruch auf Gehaltssteigerung besitzen.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) wünscht die Uebernahme der Vaugewerkschule in Preußen, die Anstalt ist gegenwärtig eine kommunale Einrichtung und bezieht nur einen Staatszuschuß.

Abg. Schenl (fr. Bg.) wünscht eine Besserstellung der Gewerkschullehrer und Regelung ihrer Pensionsverhältnisse. Die Räume der Vaugewerkschule in Ostpreußen seien so groß, daß sie nicht ausgenutzt werden können.

Reg.-Kommissar Lüders: Ueber die Gehaltsaufbesserung schweben im Ministerium Erwägungen; die Schulräume in Ostpreußen sind nach den Wünschen der künftigen Behörden angelegt.

Abg. v. Cöllern (nt.) wünscht die Errichtung einer Lehrerschule in Danzig.

Reg.-Kommissar Lüders erwidert, daß ein Lehrerschule für diese Schule in Danzig nicht vorliege; bei der bedeutenden Gemeindefinanzlast der genannten Stadt nicht zu empfehlen sei, die Stadt noch größere Lasten aufzuliegen, wie sie durch den Schulbau und die Ertheilung des Unterrichtes entstehen müßten.

Abg. Krawinkel (nat.) hält eine reichlichere Staatsunterstützung der Vaugewerkschule in Köln für dringend nöthig und auch für berechtigt.

Abg. v. Chyren (nat.) ist überzeugt davon, daß der Handelsminister das Fortbildungsinstitut nach Kräften zu fördern sich bemüht. Alle die Neben, die hier gehalten worden, sollten gehalten werden, wenn der Finanzminister hier anwesend wäre. Die Finanzverhältnisse der Stadt Köln sind nicht so ungünstig, daß sie nicht einen höheren Zuschuß brauche.

Minister v. Berlepsch bittet, mit den Vorwürfen gegen den Finanzminister doch zurückhaltender zu sein; es handelt sich für ihn hauptsächlich um die finanziellen Interessen; daß hierbei die Wünsche der Interessenten oft zurücktreten müßten, ist begreiflich. Die Rheinprovinz ist übrigens mit Fachschulen sehr reichlich bedacht.

Abg. Krawinkel (nat.): Die Rheinprovinz steht noch immer hinter dem Königreich Sachsen in Bezug auf die Fachschulen zurück.

Der Etat der Handels- und Gewerbe-Verwaltung wird genehmigt.

Es folgt die erste Lesung der Vergeßgegnelle, welche vom Herrenhause bereits angenommen ist. Danach werden für die Gewinnung von Eisenstein im Herzogthum Schlesien und der Grafschaft Glatz besondere Bestimmungen getroffen, namentlich auch die, daß diese Erzeugnisse dem Veräußerungsrechte des Grundeigentümers unterliegen.

Abg. Graf Strachwitz (Ztr.) hat Bedenken gegen die Ausnahmestellung, die man mit dieser Vorlage für die Provinz Schlesien schafft; es sei wahrscheinlich, daß die Eisen-Industrie durch diese Ausnahmestellung Schaden erleide.

Eine dringende Nothwendigkeit für die Vorlage ist nicht vorhanden; jedenfalls bedarf diese einer gründlichen Kommissionsberatung; Redner beantragte Ueberweisung an die Kalk-Kommission.

Minister v. Berlepsch: Von einer Beunruhigung der Interessenten ist bisher nichts zu bemerken gewesen, eine früher von diesem Hause angenommene Resolution bewegt sich wesentlich in dem gleichen Übergang wie die Vorlage und auch in dem Provinziallandtage hat sich keine Opposition gegen die Vorlage gezeigt. Es handelt sich einfach um die Frage: Soll in Zukunft der Vergang von technischen Behörden geleitet werden, oder soll, wie bisher, der Amtsvorsteher und die Gendarmen diese Leitung besorgen? Uebrigens ist auch für den Salzbergbau in Hannover ein ähnliches Gesetz in Vorbereitung.

Abg. v. Heydebrandt (nt.) kann die Bedenken des Grafen Strachwitz nicht verstehen; hat aber gegen eine Kommissionsberatung nichts einzuwenden.

Abg. Kirch (Ztr.): In der vorliegenden Fassung können wir die Vorlage nicht annehmen; verschiedene Ausdrücke in der Vorlage sind geradezu unverständlich.

Abg. Engels (nt.) findet Inhalt und Fassung der Vorlage ganz unbedenklich; die vom Vorredner geäußerten Ausdrücke sind ihrer Bedeutung nach bekannt; auch in anderen Gesetzen enthalten; seine politischen Freunde werden der Vorlage zustimmen.

Abg. Gothein (fr. Vereinig.) ist auch im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, hat aber gegen einzelne Bestimmungen derselben Bedenken. Auf die sogenannten Tagebauwerke das Berggesetz nicht ausgedehnt zu werden. Uebrigens sollte man überlegen, ob die Verhältnisse in Schlesien schon eine so strenge gesetzliche Regelung verlangen, und ob es nicht besser wäre im Interesse der Eisenindustrie, wenn man derselben noch einige Zeit zur freien Entwicklung ließe.

Abg. Petzsch (Ztr.) erklärt namens einer großen Zahl seiner Freunde, daß ihnen die Vorlage durchaus sympathisch ist und die Bedenken des Grafen Strachwitz nur von wenigen getheilt werden. Er wünscht dringend das Zustandekommen der Vorlage, die auch den Wünschen der vorjährigen Berg-Kommission entspreche.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

Abg. Dr. Schütz-Voschum (nt.) warnt davor, die Vorlage noch einmal an das Herrenhaus zurückzusenden, weil dann die Gefahr vorliegt, daß sie nicht zu Stande kommt und die Vergleiche des notwendigen Schutzes noch länger entbehren müßten.

dürfte in naher Zeit zu seiner vierten Tagung einberufen werden, in welcher auch der regelmäßig zu erstattende Jahresbericht festzustellen sein wird. Voraussichtlich wird dabei auch das von dem Ausschusse erforderte Gutachten über die Errichtung einer Reichsanstalt für Gewässerfunde und die Wasserwirtschaft erörtert werden.

Zunächst werden in der nächsten Woche sowohl der geschäftsführende engere Ausschuss als auch der Sonderausschuss berufen werden, welcher dazu eingesetzt ist, das Uebel des Gesamttauschschusses über die bei den Flussegulierungen beobachteten Methoden und deren Einwirkung auf die Hochwasserstände vorzubereiten. Wie bei der ganzen Organisation der Gewässer durchgeföhrt ist, durch ein planmäßiges Zusammenwirken von Wasserbauingenieuren, mit der Wasserwirtschaft vertrauten Verwaltungsbeamten und praktisch erfahrenen Sachverständigen aus den Kreisen des Gewerbelens die gleichmäßige Berücksichtigung aller Seiten der Wasserwirtschaft zu sichern, so ist auch dieser wichtige Sonderausschuss aus Mitgliedern aller drei Kategorien zusammenzusetzen.

Die Frage des Fortbestandes des Fortbildungsunterrichts an Sonntagen nach dem 1. Oktober 1894, die wir schon mehrfach besprochen haben, ist in der Freitagssitzung auch Gegenstand der Erörterungen des preussischen Abgeordnetenhauses geworden. Es mußte dabei festgestellt werden, daß, wenn keine gesetzliche Aenderung herbeigeföhrt würde, der Fortbildungsunterricht, der sich für das Gewerbe als ein immer wichtigerer Bildungsfaktor entwickelt hat, vielfach nach dem 1. Oktober d. J. überhaupt eingehen würde. Der Vorschlag, den bisher am Sonntag Vormittag gegebenen Unterricht auf einen Wochentag zu verlegen, hat sich aus den verschiedensten Gründen als allgemein nicht durchföhbar erwiesen. Ein Theil des Unterrichts, wozu namentlich der so überaus wichtige Zeichenunterricht gehört, muß, wenn er überhaupt rationell erteilt werden soll, bei Tageslicht gegeben werden. Die kirchlichen Behörden haben sich bisher geweigert, besondere Gottesdienste für die Fortbildungsschüler einzurichten oder die Stunde des Hauptgottesdienstes zu verlegen. Beharren die kirchlichen Behörden auf diesem Standpunkt, so ist nur Zweierlei möglich. Entweder man erkennt den Werth des Fortbildungsunterrichts am Sonntag für das Gewerbe an, dann bleibt nichts Anderes übrig, als eine Aenderung des materiellen Inhalts des § 120 der Gewerbeordnung herbeizuföhren, oder man stellt die gewerblichen Interessen hinter anderen zurück und dann ist dem Fortbildungsunterricht das Uebel gesprochen. Nun ist es ja allerdings immerhin noch denkbar, daß die kirchlichen Behörden in dieser oder jener Weise dem von allen Seiten erfolgenden Drängen nachgeben werden. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre es zweckmäßig, die Uebergangszeit, während welcher die betreffende Bestimmung des § 120 der Gewerbeordnung noch nicht zur Geltung gelangen soll, über den 1. Oktober 1894 hinaus zu verlängern. Dann müßte aber ein diesbezüglicher Entschluß noch in der laufenden Reichstagsitzung und den gleichzeitigen Faktoren des Reichs vorgelegt werden. Ist es dann auch nicht möglich, zu einer Verständigung zu kommen, die den Fortbestand des Fortbildungsunterrichts am Sonntage sichert, so ist unserer Ansicht nach eine Aenderung des materiellen Inhalts des § 120 der Gewerbeordnung einfach eine Konsequenz der früher darüber geföhrtten Verhandlungen. Die Vorrichtung, wonach am Sonntag der Unterricht nur stattfinden darf, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, den Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden für die eingetragten Gottesdienste ihrer Konfession zu besuchen, ist, wie aus den Verhandlungen unmissverständlich hervor geht, nur unter der Voraussetzung in die Gewerbeordnung aufgenommen, daß es möglich sein würde, auch am Sonntag den Fortbildungsunterricht fortzusetzen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so liegt auch keine Veranlassung mehr vor, der Aufhebung der genannten Vorschriften zu widersprechen.

Die „Tägliche Rundschau“ macht sich gegenüber der allgemeinen Zufriedenheit der deutschen Industriellen zum Sprachrohr der wenigen Industriellen, welche durch den deutsch-russischen Handelsvertrag für ihre besonderen Industrien nicht direkt gewinnen werden und hebt besonders die Nadeln-Industrie hervor, welche bereits in den Verträgen von 1891 leer ausgegangen sei. Das Blatt schiebt den Klagen dieser Fabrikanten aber eine Einleitung voraus, welche den Thatsachen in keiner Weise entspricht. Es sagt nämlich, daß für Seide, Wolle, Baumwolle theils nichts, theils sehr wenig erreicht worden sei. Dies ist völlig unrichtig. Wir erinnern daran, daß für halbfarbene Sammete und Filze, Sammet- und Filzhänder eine Herabsetzung des tarifmäßigen Zolles von 7,50 auf 3 Rubel für das Pfund erzielt worden ist, ein Zugeständnis, das für die große deutsche Industrie halbfarbener Sammete und Filze außerordentlich wertvoll ist.

Was die Wollartikel anlangt, so scheint es von der „Täglichen Rundschau“ übersehen worden zu sein, daß die Zollsätze für gekämmte, gesponnene und gewundene Wolle bedeutende Ermäßigungen erfahren haben, wodurch eine erhebliche Belebung der Ausfuhr namentlich des deutschen Kammgarns nach Rußland zu erhoffen ist. Nicht minder wichtig ist die starke Herabsetzung für Kammschleifstoffe und ebenso werthvolle russische Zugeständnisse sind hinsichtlich der Wollwaren zu verzeichnen, sowohl was die Zollsätze, als auch was die Waarenklassifizierung anlangt.

Daß bei so vielfach verzweigten Gruppen von Industrien, wie die gesamte Textilindustrie sich darstellt, nur für einzelne Zweige Großes und nicht für alle Etwas zu erreichen ist, liegt auf der Hand, und darin eben liegt der große Vorzug des deutsch-russischen Vertrages vor manchem seiner Vorgänger, daß er für einige Industrien und zwar in den meisten Fällen für die wichtigsten ihrer Branche Großes erreicht hat und nicht eine lange Reihe von einzelnen Gewerben mit geringen Zugeständnissen abspießt, von denen weder der Einzelne noch die Gesamtheit einen nennenswerthen Gewinn haben.

Die Seefischerei hat neuerdings aufgehört, eine Spezialität der fauren Gurrenzeit zu sein. Vielmehr tauchen auch in politisch lebhaften Zeiten Gerüchte fragwürdiger Natur, wie immer häufig von den Thatsachen widerlegt worden sind, gelegentlich immer wieder auf. Als allernächstes Beispiel darf das in einigen Organen der Presse wieder aufgewärmte Märchen angesehen werden,

als ob zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem preussischen Staatsministerium ein Zwiespalt bestände, der aktuellen Frage der Reichspolitik bestände. Diese Ausbreitung entbehrt heute wie in früheren Zeiten jeder thatsächlichen Unterlage. Schon die äußeren Vorgänge lassen darüber keinen Zweifel. Wenn an der vollständigen Uebereinstimmung der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums in Bezug auf die Reichsfinanz- und Steuervorlagen ernstlich wohl nicht mehr gezweifelt wird, so dokumentirt das Verhalten der preussischen Regierung, insbesondere die Abgabe der preussischen Stimmen im Bundesrathe auf das unzweifelhaft das volle Einverständnis mit der Zoll- und Handelspolitik des Reichs und dem, was damit zusammenhängt.

Die Absicht, welche mit so völlig grundlosen Unterstellungen verfolgt wird, dürfte nicht schwer zu errathen sein. Es gilt, Mißtrauen und Unruhe zu erregen, um so für Gunsten bestimmter Zwecke im Willen fischen zu können. In Bezug auf Reichs- und Landesregierung wäre ein solcher Versuch natürlich vergeblich, es liegt sicher aber auch im Interesse weiterer Kreise, daß haltlose Behauptungen der gekennzeichneten Art keine verfallende und störende Wirkung auf sie zu üben vermögen.

Nicht nur unsere deutschen Seeflächen sind, wie das Beispiel der jetzt in Glatz gefangenen französischen Marineoffiziere zeigt, von fremdländischer Spionage bedroht; aus England kommt die Kunde von der Entdeckung eines in großem Stile organisierten Spionagesystems, dessen Wachen und Fäden sich rings um die gesamte Küstenabtheilung des Inselreichs erstrecken. Die englischen Behörden haben schwerwiegende Verdachtsmomente gegen drei „im Dienste einer benachbarten Macht stehende“ Persönlichkeiten, deren Thun und Treiben seit einiger Zeit genau beobachtet worden ist. Es ist ferner festgestellt, daß der in Rede stehenden Nachbargesellschaft gewisse Dokumente ausgeliefert worden sind, welche in Kriegszügen von hohem Werthe sind. Als Mittelsperson fungirt ein Frauennzimmer, bezw., wie die Polizei argwöhnt, eine als Frauennzimmer verkleidete Mannesperson. Nachbar geworden scheint das Vorhandensein der Spionage-Organisation durch den mißglückten Versuch, in den Besitz von Dokumenten zu gelangen, welche unter amtlichem Verschluss in Whitehall lagen. Die bereits ausgelieferten Papiere sollen von den Befestigungs-Pforten, Chatham, Tilbury und der nach Norden verlaufenden Küstenlinie handeln.

Daß für dieses Jahr eine internationale Ausstellung in Vion geplant ist und auch stattfinden wird, dürfte außerhalb Frankreichs minder bekannt sein. Das Unternehmen ist von den kaiserlichen Behörden schon in einem so großen Maßstabe geplant, um als würdiger Vorläufer der im Jahre 1900 angelegten Pariser Weltausstellung zu dienen, als die sie zu gelten zu können. Die Vioner Ausstellung soll sich auf alle Gebiete der kommerziellen, literarischen, industriellen, wissenschaftlichen und künstlerischen Thätigkeit erstrecken, einen spezifisch internationalen Charakter aber nur in Bezug auf die Seitenindustrie, das Elektrizitäts- und die Hygiene tragen. Als Eröffnungstermin wird der 26. April, als Schlußtermin der 1. November d. J. bezeichnet. Zum Ausstellungsort ist für die berüchtigte Pariser Seite d'Or bestimmt worden.

Der neue Landeshauptmann für die Markschaff-Inseln, Dr. Irmer, hat, wie die „Kreuz-Ztg.“ berichtet, mit seiner Familie nun seine Reise nach der Südrsee angetreten. Seine Seefahrt beginnt er am 26. Februar zu Genoa mit dem Dampfer „Idenburg“. Seine Ankunft zu Jaitut, dem Regierungssitz auf den Markschaff-Inseln, wird nicht vor Anfang Mai erfolgen.

Wien, 24. Februar. Aus Tiflis wird gemeldet: Entgegen der Mittheilung der „Freisinnigen Zeitung“, daß der für Tiflis-Niederung gewählte nationalliberale Abgeordnete von Sanben russischer Unterthan sei, erklärt die „Tifliser Zeitung“ nach Information an zuständiger Stelle, daß v. Sanben preussischer Unterthan sei.

Siddeheim, 24. Februar. Heute früh starb hier der feierliche langjährige Vertreter Siddeheim im Reichstag, Dr. Römer.

Luzernburg.

Luzernburg, 24. Februar. Der Großherzog hat das Entlassungsgesuch des kaiserlichen Schöffenkollegiums angenommen und den Bierbrauereibesitzer Mousel zum Bürgermeister, den Hotelbesitzer Herriges und den Kaufmann Clement zu Schöffen ernannt. Servais hat als Gesundheitsrath den Posten als Bürgermeister abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 23. Februar. Der Kaiser begibt sich am 27. d. M. Morgens 5 Uhr nach Vels zum Besuche der Erzherzogin Marie Valerie und reist Mittags nach Mentone weiter, wo die Ankunft am 1. März Morgens erfolgt. Der Kaiser reist infolge unter dem Namen eines Grafen Hohenzollern und mit kleinem Gefolge.

Die Erzherzogin Maria Immaculata verbrachte die Nacht ruhig und zeitweilig schlafend, das Befinden ist besser. Die Mitglieder des kaiserlichen Hauses erkundigten sich nach dem Befinden der Erzherzogin. Heute Mittags wurde ein Bulletin ausgegeben.

Wien, 24. Februar. Der jerbische Ministerpräsident Simitsch ist heute früh zu acht bis zehntägigem Aufenthalt hier eingetroffen.

Triest, 24. Februar. Der Stadtrath genehmigte den von der Regierung vorgeschlagenen Vertragsentwurf, betreffend die Uebernahme der Lagerhäuser durch die Staatsverwaltung.

Frankreich.

Paris, 22. Februar. Paris hat jetzt thatsächlich das Bombenfieber. Alle Welt spricht von den jüngsten Vorgängen, die Zeitungen widmen jedem einzelnen der Verhafteten — und ihre Zahl ist nicht gering! — lange Abhandlungen, und wenn der Blick auf irgend eine Illustration fällt, die in den Zeitungsflecken oder vor den Papiergeschäften ausgehängt ist, so handelt es sich sicher um einen Bombenverurtheilten, bei dem Tod und Verurtheilung mit verzerrten Gesichtern den Boden bedecken. Alles möglichst sensationell dargestellt, den thierischen Instinkten der Masse entsprechend. Daß alle diese Augenblicksbilder, die keine sind, lediglich der Phantasie des Zeichners entspringen, das fällt keinem ein, und so dienen denn die neuesten Erzeugnisse der Technik hier vor allem den futuristischen Zwecken; die Presse füllt sich mit mehr und mehr mit Bildern, die aber, ich wieder-

hole es, fast immer nur die ungesunde Neugier, herostratische und sabotische Leidenschaften befriedigen sollen. In solchem Dunstkreis erhält der Anarchismus immer neue Nahrung, andererseits in der Abneigung der Behörden und Gesetzgeber gegen die Propaganda derselben in öffentlichen Versammlungen, in Wort und Schrift energisch einzuschreiten und sich zu dem Zweck mit dem Ausland zu verständigen, zumal mit Deutschland. Diese Abneigung gegen internationale Schutzmaßregeln ist so tief gewurzelt, daß die Presse selbst jetzt noch kaum solche vorzuschlagen wagt. Blätter wie der „Temps“, der „Soleil“, der „Figaro“, sogar die radikale Presse fordern zwar die Ueberwachung auf, die Anarchisten bis in ihren letzten Schlafwinkel erbarmungslos zu verfolgen, aber von einer Befristung internationaler Maßregeln findet sich wenig darin.

Die „Eclair“ befürchtet, daß die Deutschen im Kongo-Becken Fuß fassen und ihre ostarafrikanische Kolonie mit Kamerun verbinden werden, wie Frankreich Algerien mit dem Sudan auf dem Landwege verbinden will. Das Blatt muß die Caprivischen Neben nicht gelesen haben, sonst würde es wissen, daß der Kaiser sich nicht mit großen Plänen trägt.

Paris, 24. Februar. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß das Transportschiff der kaiserlichen „Mercurio“ von einer Batterie der Regierungstruppen in den Grund gebort wurde; der Dampfkessel explodirte und mehrere Leute wurden getödtet.

Paris, 24. Februar. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Präsident Peixoto den telegraphischen Verkehr unterbrot. Man beschränkt in Folge des Fallens des Papiergeldes eine Finanzkrisis. Bolivianische Truppen sind in Brasilien eingerückt.

Italien.

Rom, 23. Februar. Die feierliche Messe mit Hochamt und Te Deum, welche der Papst als Abschluß seines Jubiläumsjahres am Sonntag Vormittag im St. Peter in eigener Person feierte, wird wohl kaum an Großartigkeit, an Prunk und Begeisterung der Menge übertroffen werden. Mehr denn 50.000 Menschen aller Nationen wohnten der Messe bei. Die Begeisterung war unbeschreiblich. Nicht endemollende Gwivaren begrüßten das Erscheinen des Papstes und seinen Abschied; ein donnerartiges Getöse, welches sich weit auf dem mit Menschen erfüllten mächtigen Petersplatz fortplante. Der Papst ließ verhältnismäßig früh aus. Er sprach den Segen mit weit vernehmbarer klarer Stimme. Augenblicklich fühlte er sich von den für sein hohes Alter nicht geringen Anstrengungen etwas angegriffen und sind auf einige Zeit sämtliche öffentliche Empfänge und Audienzen abgesagt worden. Nur mit dem bekannten Pater Knipps, welcher seit Freitag in Rom weilte, hat der Papst eine Ausnahme gemacht. Derselbe ist von Leo XIII. empfangen worden. Der Papst hat sich dreierlei Stunden auf das huldvollste mit ihm unterhalten, und ihm gegeben, seinen Aufenthalt in Rom, der nur für einige Tage geplant war, bis zum Krönungsfeste (3. März) zu verlängern. Pater Knipps ist besonders hervorzuheben in der Diagnose und ist deshalb sein Urtheil über das gesundheitliche Aussehen des Papstes nicht uninteressant. Der Pater sagte: „Das Gesicht des Papstes gleicht einer Todtenmaske, aber ich habe seine Ohren gesehen. Er wird noch manche Jahre leben.“

Spanien und Portugal.

Madrid, 20. Februar. Der Melilla-Feldzug trägt immer neue unerwartliche Früchte; jetzt ist es der Kommandant von Melilla, welcher der Regierung zu schaffen macht. Allerdings scheint diese, so weit man bis jetzt urtheilen kann, durch ihre Maßnahmen selbst diese neue Unannehmlichkeit heraufbeschworen zu haben. Der Sachverhalt ist, daß unterrichteten Personen zufolge, der durch kaiserlichen Befehl vom 20. Januar war verfügt worden, daß von jenem Zeitpunkt an die beiden nach Melilla gesandten Armeekorps ebenso wie die Kommandantur dieses Festlands als völlig unabhängig von einander sein sollten sowohl in allen Rechtsfragen wie in ihren Beziehungen zu den kaiserlichen Behörden. Demgemäß übernahm General Macias nach der Abreise des Marschall Martinez Campos den Befehl über das in Melilla noch verbleibende eine Armeekorps, und der Brigadegeneral Arolas machte seine Rechte als selbstständiger Befehlshaber der Festung Melilla geltend. Ein gutes Einvernehmen hatte von Anfang an nicht zwischen diesen beiden hohen Offizieren bestanden; so lange sie dem Oberbefehl des kommandierenden Generals der afrikanischen Expeditionstruppen unterstanden, waren sie aber gezwungen, sich dem Marschall zu fügen. Nachdem jedoch durch den erwähnten Befehl die für den Kriegsfall und den Feldzugeit getroffenen Bestimmungen aufgehoben waren und Martinez Campos Melilla verlassen hatte, wurde das Verhältnis zwischen den beiden Generalen, die sich an dem kleinen Orte in die Macht zu theilen hatten, sehr gespannt. General Arolas namentlich machte von seinen Rechten als Platzkommandant den weitestgehenden Gebrauch und erschwerte dem Befehlshaber des in Melilla noch stehenden Armeekorps das Leben auf jede Weise, so daß Macias schließlich überhaupt den persönlichen Verkehr mit Arolas gänzlich einstellte. Dieser Zustand war auf die Dauer um so weniger haltbar, als die Grenzen der Machtbefugnisse unter den gegebenen örtlichen Verhältnissen oft nicht genau zu bestimmen waren; das Ansehen der spanischen Heeresverwaltung litt unter diesen Umständen in den Augen der eingeborenen Bevölkerung und diese wurde dadurch bewogen, eine herausfordernde Haltung anzunehmen. General Macias sah sich endlich gezwungen, diesem Stand der Dinge ein Ende zu machen und an die Regierung das Verlangen zu stellen, entweder wieder die früheren Verhältnisse herzustellen und den Oberbefehl über alle in Melilla vorhandenen Truppen in eine Hand zu legen, oder ihm seine Entlassung zu bewilligen. Im weiteren Verlauf der hierüber gepflogenen Verhandlungen scheint General Arolas, der überdies sehr fortgeschrittenen politischen Anschauungen huldigt und über den eigenthümlichen Gerüchten umlauften, sich in seiner Egre gekränkt gefühlt und Urlaub verlangt zu haben, um hier Verhältnisse zu führen. Es heißt sogar,

